In eigener Sache.

Auf der bayerischen Konferenz in Nürnberg war von den Münchener Kollegen der Antrag gestellt: „Die Redaktion und Expedition des „Schuhmacher-Fachblattes“ ist mit der Zentralverwaltung an einen Ort zu verlegen. Als Ort wird Nürnberg bestimmt.“ Begründet wurde der Antrag vom Kollegen Neubauer damit, daß es von großem Vorteil für das Organ wie auch für den Verband wäre, wenn beide an einem Orte ihren Sitz hätten. Der Vorstand könne vieles rascher publizieren und jedenfalls würde auch das Organ nur inhaltlich gewinnen.

Da diese Frage auf alle Fälle die nächste Generalversammlung beschäftigen wird, so möchten wir diese Anregung nicht ins Land gehen lassen, ohne die Irrtümer zu berichtigen, die derselben als Begründung dienen sollen.

Zunächst vermissen wir nähere Details, worin die „großen Vorteile“ der Zusammenlegung bestehen sollen. Materielle Vorteile können es nicht sein, denn das „Fachblatt“ kann in Nürnberg nicht billiger hergestellt werden als in Gotha, was schon durch die Thatsache bewiesen wird, daß die Herstellungskosten des „Fachblatt“, wie die Statistik der Generalkommission beweist, von sämtlichen Gewerkschaftsblättern im Verhältnis zur Größe und Auflage mit am geringsten sind.

Daß der Vorstand die Redaktion und Expedition neben seinen jetzigen Arbeiten mit besorgen könne, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil ja der vierte Gewerkschaftsbeamte mit der Motivierung, daß der Vorstand die vorhandenen Arbeiten nicht bewältigen könne, angestellt wurde, und aus Notizen des Vorstandes an die Redaktion ist dies auch jetzt noch der Fall. Gegenwärtig sind, nachdem Kollege Siebert pensioniert, wieder drei Beamte thätig. An eine Verbilligung ist also nicht zu denken. Dagegen hat der Verlag des „Fachblatt“ dem Vorstand schon zugesagt, daß eine Verringerung des Expedientengehaltes auf wöchentlich 10 Mk. stattfinden, die mit dem 1. November eingetreten ist.

Was die raschere Publikation der Bekanntmachungen betrifft, so ist dieselbe bedingt durch das wöchentliche Erscheinen des Blattes. Früher, als das Blatt erscheint, könnte selbst auch bei der Zusammenlegung der Vorstand seine Bekanntmachungen nicht erlassen. Ein Redaktionsschluß würde, wie bei jedem Blatt, auch in Nürnberg sein. In Gotha ist dies Dienstag Abend der Fall. Nun könnte es sich allerdings ereignen, daß Dienstag Nachmittag dem Vorstand eine wichtige Publikation einfiele; da wäre die Möglichkeit vorhanden, daß der Vorstand durch einen Laufboten die Aufnahme bewirken könnte. In Gotha würde die Publikation mit Brief Mittwoch früh eintreffen. Wenn das vorgekommen ist, daß solche noch bei uns eingingen, so ist dieses, wenn sie nicht zu umfangreich waren, wenn nur irgend möglich, auch noch entsprochen worden. Irgend eine Beschwerde dieser Art ist nicht vorgekommen. Das sind aber doch auch nur Ausnahmen. Denn es ist wohl ausgeschlossen, daß dem Vorstand sämtliche wichtige Publikationen immer erst Dienstag Nachmittag einfallen. Die Behauptung, daß das Blatt „inhaltlich bei der Zusammenlegung nur gewinnen werde“, ist uns unklar. Meinen die Antragsteller, daß der Vorstand mehr und besseres für das Blatt schreibe, so hindert doch heute den Vorstand niemand daran, wenn er Zeit und Lust hat, seine Ideen im „Fachblatt“ zu veröffentlichen, zum Nutzen der Bewegung. Wir sind aber auch bescheiden genug zu behaupten, daß das „Fachblatt“ inhaltlich auf der Höhe der Zeit steht und daß es sich in dieser Beziehung mit jedem Gewerkschaftsblatt messen kann.

Wenn der eine oder andere Leser mehr Artikel allgemein wirtschaftlich-sozialpolitischen Inhalts wünscht, so erinnern wir daran, daß die letzte Generalversammlung eine Beschränkung in dieser Richtung und eine eingehendere Behandlung der Schuhmacherverhältnisse wünschte, was seitdem geschehen ist.

Daß eine Redaktion, ebenso der Vorstand, und wenn sie beide aus lauter Engeln bestänben, es nie allen recht machen werden, ist eine allgemein bekannte Wahrheit.

Eine Zusammenlegung hat aber nicht nur vermeintliche Vorteile, sie hat auch nicht zu unterschätzende Nachteile. Der demokratische Grundzug, der durch alle Gewerkschaften geht, hat erkannt, daß es nicht gut ist, alle Machtmittel der Organisation in einer oder nur wenigen Händen zu vereinigen, weil diese Machtmittel in der Hand von diktatorisch veranlagten Naturen sehr zum Nachteil der Organisation und der Mitglieder ausschlagen können. Denken wir uns einmal einen Fall. Einer der vom Vorstand angestellten Gaubeamten oder eine Mitgliedschaft gerät mit dem Vorstand in scharfe Differenzen, beide glauben sich bedrückt zu fühlen, ob mit Recht oder nicht, sie wollen ihre Angelegenheit vor das Forum der Kollegen bringen, um durch den Druck der öffentlichen Meinung den Vorstand zu veranlassen, nachzugeben und ihre Rechte zu respektieren. Das Blatt steht unter dem direkten Einfluß des Vorstandes und derselbe verweigert die Aufnahme. Könnte dies gute Folgen haben? Schon der Gefahr soll man vorbeugen.

Der Vorstand des Schneiderverbandes suchte unausgesetzt die Zeitung an seinen Sitz zu bekommen, die Mitglieder dieser Organisation stimmten in einer Urabstimmung mit großer Majorität gegen die Vorschläge des Vorstandes, trotzdem der Vorstand in Stuttgart und das Blatt in Hamburg seinen Sitz hat, also noch weiter als Gotha und Nürnberg von einander entfernt sind. Bei der ältesten Gewerkschaft, den Buchdruckern, ist Vorstand und Blatt räumlich (Berlin/Leipzig) getrennt. Das gleiche ist bei einer großen Zahl Gewerkschaften der Fall, ohne daß die Mitglieder daran rütteln, weil sich dieser Zustand durchaus bewährt hat. Es sprechen weit mehr Gründe für die Trennung, als für die Zusammenlegung.

Redaktion des „Schuhmacher-Fachblatt“.

Soziale Rundschau.

Ein Reichsarbeitsamt? Das kaiserliche statistische Amt, d. h. das Reichsamt für Statistik, soll eine neue Abteilung für soziale Statistik erhalten, indem die Reichskommission für Arbeiterstatistik in dieser Beziehung bisher nicht genügt habe. Der Chef der neuen Abteilung soll der Geheimrat Wilhelmi werden. Der Gedanke ist recht gut und aus der neuen Richtung kann viel gemacht werden, wenn man dazu den guten Willen hat; aber einen Ersatz für ein Arbeitsamt, wie ein solches in England und anderen Ländern besteht, würde es nicht bieten. Darum muß ein Reichsarbeitsamt unter Mitwirkung der Arbeiter nach wie vor gefordert werden.

Die Angelegenheit der Hamburger Accordmaurer ist infolge des unqualifizierbaren Verhaltens der Accordmaurer leider nicht in befriedigender Weise gelöst worden. Die Verständigungskommission erläßt über die gepflogenen und gescheiterten Verhandlungen folgende öffentliche Erklärung:

Es muß leider konstatiert werden, daß alle Einigungsversuche an dem Widerstand der letzteren, der Sonderorganisation der Accordarbeiter, gescheitert sind. Während die Vertreter des Zentralverbandes der Maurer trotz des disziplinwidrigen Verhaltens der Accordmaurer denselben zwecks Rückkehr zur Organisation das größte Entgegenkommen bewiesen, ohne weiteres die von Accordmaurern abgeschlossenen Verträge bis zum Ablauf derselben anzuerkennen sich bereit erklärten, und das entscheidende Gewicht darauf legten, daß sich die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ verpflichten sollten, bei dem im Frühjahr nächsten Jahres abzuschließenden neuen Tarif mit der „Bauhütte“ sich der Entscheidung der Mehrheit ihrer Berufskollegen zu unterordnen, verlangte die „Freie Vereinigung“, daß die Mehrheit der Maurer Hamburgs sich ihrem Willen beugen und von vornherein zugestehen sollte, daß in dem neuen Tarif ein Verbot der Accordarbeit nicht aufgenommen werden dürfte.

Enthielt diese Forderung schon von vornherein das Eingeständnis der Schwäche ihrer Position, die Ueberzeugung, daß mit sachlichen Gründen sich der von ihnen eingenommene Standpunkt der Accordarbeit nicht vertreten lasse, so mußte die Kommission ein solches Ansinnen um so energischer zurückweisen, als dasselbe in direktem Widerspruch mit allen in der Arbeiterbewegung bisher geltenden Grundsätzen steht. Wenn eine kleine Minderheit die Kühnheit besitzt, zu fordern, daß die Mehrheit sich ihrem Sonderstandpunkt unterzuordnen habe, so hört damit jede Disziplin, die Vorbedingung eines Erfolges im wirtschaftlichen Kampfe, überhaupt auf.

Die Kommission ist des weiteren der Anschauung, daß wer — wie dies die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ thun — sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellt, den Beschlüssen der Mehrheit der organisierten Genossen konsequent und fortgesetzt entgegen zu handeln, damit das Recht verwirkt hat, auf den Ehrentitel eines Sozialdemokraten Anspruch zu erheben, vielmehr dadurch dokumentiert, daß er das ABC des Sozialismus noch nicht begriffen hat.

Die Kommission muß zu ihrem Bedauern konstatieren, daß sie die Ueberzeugung gewonnen hat, daß der Beweggrund der Accordmaurer zu ihrem die gesamte Arbeiterbewegung schädigenden Treiben nichts andres als persönlicher Egoismus ist, und muß deshalb um so schärfer deren — jedes edlen Motivs entbehrenden — Handlungsweise verurteilen.

Unter diesen Umständen konnte die Kommission zu keinem andren Resultat gelangen, als den Parteivorständen in Hamburg zu empfehlen, entsprechend der beschlossenen Resolution vom 18. Oktober d. J., jetzt den Ausschluß derjenigen Mitglieder der „Freien Vereinigung“ aus den Partei-Organisationen zu vollziehen, welche nicht bis zum 1. Dezember d. J. bei dem Schriftführer der Kommission, dem Genossen R. Bérard, Hamburg, Fehlandstr. 11, die schriftliche Erklärung abgeben, daß sie, im Gegensatz zu dem am 19. November d. J. gefaßten Beschluß der „Freien Vereinigung“ gesonnen sind, sich dem Zentralverband der Maurer wieder anzuschließen und sich den Beschlüssen desselben zu fügen

Hamburg, am 20. November 1901.

R. Bérard. Th. Bömelburg. A. v. Elm. H. Molkenbuhr.
C. Petersen. H. Steinbach. H. Stubbe.

Erklärung.

Im Auftrage der Agitations-Kommission Chemnitz war Unterzeichneter am 9. Oktober in Lugau, um die in der Schuhfabrik von Zahn ausgebrochenen Differenzen beizulegen, was auch geschehen ist, jedoch nicht in dem Sinne, wie es der Vorsitzende der Agitations-Kommission Chemnitz sowie auch ein paar Lugauer Kollegen gewünscht hätten. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Als ich am Montag, den 9. Oktober, nach dort kam, fand ich von ca. 90 dort Beschäftigten ganze 23 Zwicker und 5 Maschinenarbeiter im Ausstand und zwar deshalb, weil ein Kollege gemaßregelt war. In mehrstündigen Verhandlungen mit dem Fabrikanten vormittags ließ derselbe sich nicht bewegen, den gemaßregelten Kollegen wieder einzustellen. Ich stellte es Herrn Zahn anheim, die Sache sich bis nachmittags zu überlegen. Als ich nachmittags mit der Kommission zum zweiten Mal vorstellig wurde, ließ sich Herr Zahn wiederum nicht bewegen, den Gemaßregelten wieder einzustellen, jedoch versicherte er mit seinem Ehrenwort, den Zwickern auf verschiedene Artikel eine Zulage zu bewilligen, was er, wenn die Zwicker die Arbeit wieder aufgenommen hätten, mit denselben regeln wollte; außerdem erklärte er, den Verein deutscher Schuhmacher anzuerkennen und keinen seiner Mitglieder zu maßregeln. Infolge dieser Zugeständnisse und in Anbetracht dessen, daß der ganze Ausstand um eine Person entstanden war, riet ich den Kollegen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In der nun folgenden Abstimmung war die Mehrzahl der Beteiligten für Wiederaufnahme der Arbeit mit der Bedingung, daß am Dienstag früh die Kommission von dem Fabrikanten sich die Zugeständnisse (keinen zu maßregeln) schriftlich geben lasse und alsdann am Mittwoch früh die Arbeit wieder beginne.

Die Arbeit ist am Mittwoch wieder aufgenommen worden, ohne daß Herr Zahn etwas schriftliches gegeben hat und ohne daß die Kommission in Chemnitz von den Lugauer Kollegen eine Nachricht erhalten hat. Inzwischen hat Herr Zahn sein Ehrenwort schmählich gebrochen. Der Bricht des Herrn Zahn im „Schuhmarkt“ ist vollständig entstellt, es hat auch schon ein Lugauer Kollege eine Erwiderung im „Fachblatt“ gebracht; ich brauch infolgedessen nicht näher hierauf einzugehen. Die Maßregelung zweier Kollegen neuerdings ist der deutlichste Beweis seines gebrochenen Ehrenworts.

Daß es nunmehr auch noch Kollegen gibt, die mich dafür verantwortlich machen, daß Herr Zahn sein Wort gebrochen hat, ist sehr bezeichnend für dieselben. Schreibt doch in einem Brief Kollege Schneider von meinem Freund Zahn und bezeichnet mich als kindisch. Nun, das kann mich nicht weiter kränken, weiß ich doch ganz gut, wer das geschrieben hat; ich empfehle demselben aber, erst noch ein paar Semester die Gewerkschaftsbewegung zu studieren, nachher ließe sich vielleicht zusammen reden. Für mich ist die Sache hiermit abgethan. Ich will nur noch erwähnen, daß ich das, was ich gethan habe, jederzeit verantworten kann. Ich habe so wenig das Streik-Reglement verletzt, als die Organisation selbst; höchstens ein paar Kollegen, die gerne einmal in Lugau einen Streik haben wollten.

Johann Sachs-Chemnitz.

Mitteilungen.

Berlin. Am Sonnabend, den 23. November, fand hier im Vereinslokal, Rosenthalerstraße Nr. 67, eine Branchenversammlung der Schäftearbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand: „Wie stellen sich die Kollegen zur Einführung eines Fachunterrichts“. Kollege Herrmann leitete an Stelle des durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden die Versammlung und setzte in längerer Rede die Vorteile eines Fachunterrichts auseinander, da mit dem Fortschreiten der Leistungen auch der Lohn ein besserer würde. Es erklärten sich auch verschiedene Kollegen bereit, einen Kursus mitzumachen, und so wurde beschlossen, bei genügender Beteiligung mit Anfang des nächsten Jahres einen Fachkursus einzurichten. Da die Vorarbeiten hierzu noch nicht weit genug fortgeschritten waren, um bestimmte Vorschläge, wann und wo der Unterricht stattfinden sollte, machen zu können, wurde die Kommission beauftragt, diesbezügliche Schritte zu unternehmen, um der nächsten, am Montag, den 16. Dezember, stattfindenden Versammlung Bericht darüber erstatten zu können. Gleichzeitig wurden alle Kollegen, die am Fachunterricht teilnehmen wollen, ersucht, sich im Bureau, Dragonerstraße 15, einschreiben zu lassen, damit der Verein sich ein ungefähres Bild von der Beteiligung machen kann. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Wie in einer der letzten Versammlungen hervortrat, versuchen auch die hiesigen Fabrikanten hie und da die Löhne zu reduzieren, da sie jedenfalls glauben, daß jetzt die beste Zeit dazu vorhanden. Kollege Bahrdt wies darauf hin, daß wenn die Herren Fabrikanten meinen, sich jetzt alles erlauben zu können, so brauchten die Kollegen jedoch nicht von der Meinung befangen zu sein, sich jetzt alles bieten lassen zu müssen. Wenn es auch nicht immer notwendig ist, eine jede Sache bis zum äußersten zu treiben, so liege es aber auch gar oftmals an dem Vorgehen der Kollegen, wenn der Fabrikant immer und immer wieder mit solchen Dingen an die Kollegen herantritt, wie es der Fall bei Pampel beweist, wo jeder einzelne der davon betroffenen Kollegen mit dem Fabrikanten verhandelt und dabei immer der am besten wegkommt, der die nicht zu leicht zu ersetzende Position einnimmt, während die andern immer leer ausgehen. Für uns handelt es sich aber auch noch darum, auf alle diese Vorgänge die hiesige gesamte Kollegenschaft aufmerksam zu machen, denn Druck muß Gegendruck erzeugen, und alle uns Fernstehenden für uns zu gewinnen suchen, dann wird das übrige sich von selbst ergeben. Ueber die Firma Müller u. Sprunk wurde Klage darüber geführt, daß man es dort nicht einmal für nötig hält, die Fabrikordnung auszuhängen, was doch gesetzlich notwendig ist. Auch über noch andere Dinge wurde Klage geführt. Kollege Ludwig stellte deshalb den Antrag, Kollegen Bahrdt den Auftrag zu erteilen, von all diesen Mängeln den Fabrikinspektor zu unterrichten. Kollege Bahrdt erwiderte darauf, daß es jedenfalls richtig wäre, nachdem wir es öffentlich zur Sprache gebracht und auch noch im „Fachblatt“ berichtet hätten, erst abzuwarten ob die Firma die gerügten Mißstände beseitigt, sollte dies jedoch nicht der Fall sein, dann solle man allerdings in der angedeuteten Weise vorgehen. Ferner wurde noch darauf hingewiesen, daß auch Kollegen sich Sachen zu schulden kommen lassen, die von jedem organisierten Kollegen zu unterlassen sind und wurden derartig vorgekommene Sachen allseitig verurteilt.

Elmshorn. Am 23. November verstarb nach jahrelangem, schwerem Leiden unser Kollege Johannes Wagner. Er war einer derjenigen, welcher keine Mühe scheute, um Aufklärung in die Reihen der Schuhmacher zu bringen. Auch außerhalb unseres Vereins, in Gewerkschaften und in der Partei, ist er ein Agitator gewesen, der seinesgleichen sucht. Die proletarische Bewegung des Orts hat ihm viel zu danken. Während des Sozialistengesetzes hatte er viele Chikanen, polizeilicher wie auch bürgerlicherseits, auf sich genommen. Seine Familienverhältnisse sind stets recht traurige gewesen; oft mit trockenem Brot hat er sich durchgeholfen und dennoch stand er immer unentwegt an der Spitze, wo Proletarier zu ernstem Handeln zusammengekommen waren. Auch zu Generalversammlungen und Kongressen war er als Vertreter entsandt. Mit Arbeiten war er stets überladen, und so kam es auch, daß er als Kassierer und in Begleitung mehrerer anderer Aemter mit diesen in Unordnung geriet. Hier dürften ihm seine menschlich guten Seiten zum Uebel geworden sein und auch unser damaliges Genie Kl. mag ihn verleitet haben. Er war bestrebt, alles wieder gut zu machen, und wenn ihn nicht seine Krankheit daran hinderte, so hätten wir ihn wieder gesehen auf seinem alten Posten, von dem er deshalb zurückgetreten war. Ueberschlagen wir das, gedenken wir dessen, was er im proletarischen Klassenkampf geleistet hat, so steigt vor uns ein Mann auf, der noch lange auf einen Nachfolger am hiesigen Orte wird warten lassen.

Gmünd. In unserer letzten Mitgliederversammlung vom 20. November fand eine lebhafte Diskussion statt über den in Nr. 46 des „Fachblatt“ veröffentlichten Thätigkeits- und Kassenbericht der Agitationskommission sowie über die vorläufige Tagesordnung zur Konferenz am 15. Dezember in Stuttgart statt. Im Verlaufe derselben stellte Kollege Klein zwei Anträge, welche einstimmig angenommen wurden. Der erste Antrag verlangt, die Konferenz möge beschließen, die Thätigkeit der Agitationskommission auf die Arbeitsvermittelung auszudehnen, indem sie Erkundigungen über die Arbeitsgelegenheiten einzieht und unbegründete Arbeitergesuche öffentlich rügt. Der zweite Antrag lautet: „Die Zahlstelle Gmünd erklärt ihre Zustimmung zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung“. Der erste Antrag soll dem Mißstand entgegenwirken, daß Kollegen in Fabriken anfangen, wo genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, sowie denjenigen Fabrikanten entgegen zu wirken, welche nur Arbeiter suchen, um ihren Arbeitern zu zeigen, daß genug Arbeitsuchende vorhanden sind; hierfür wurden verschiedene Beispiele angeführt. Betreffs der Arbeitslosenunterstützung sind die Kollegen der Ansicht, daß es Pflicht ist, die Arbeitslosen zu unterstützen, um sie nicht zu Lohndrückern werden zu lassen. Ferner wurde verlangt, daß das Protokoll der Generalversammlung in Zukunft vollständig im „Fachblatt“ veröffentlicht wird. Als Delegierter zur Konferenz wurde Kollege Lachenmaier gewählt.

Oberrad. In der letzten Versammlung hielt Herr Dr. Schreiber aus Frankfurt einen Vortrag über Volkshygiene und Volksernährung. Der Redner führte etwa folgendes aus: Das höchste Gut der Menschen ist die Gesundheit, daher ist es Aufgabe des Einzelnen, seine Gesundheit zu schützen, ebenso wie es Pflicht des Staates ist, für die öffentliche Gesundheitspflege einzutreten. Vielfach ist der Glaube verbreitet, daß man einzig und allein die Gesundheit in der Apotheke einkaufen könne. Gesundheitsstörungen entstehen durch den Mangel an einer richtigen Gesundheitspflege und durch verkehrte Lebensweise. Der eine lebt nicht gesundheitsgemäß, weil er nicht genügend belehrt ist und es nicht besser weiß, der andere, weil er sich von schädlichen Lebensgewohnheiten loszumachen nicht die Energie hat und somit es nicht besser will; ein anderer wiederum deshalb, weil die gesamten Verhältnisse ihm eine gesundheitsgemäßere Lebensweise nicht oder nur unvollständig erlauben. Mit einer vernunftgemäßen Gesundheitspflege soll möglichst früh angefangen werden, wozu uns die Fortschritten des Naturheilverfahrens, abgesehen von ihrer Bedeutung zu Heilzwecken, reichlich Gelegenheit bieten. Insbesondere hat das Wasser eine hohe Bedeutung für die Körperpflege. Man gewöhne von Geburt an die Kinder ans Baden, das die Haut reinigt und abhärtet, auch wäre es Pflicht der Kommunen für genügende Badegelegenheit zu sorgen, hauptsächlich durch Errichtung von Schwimm- und Brausebädern. Von Wichtigkeit für die Gesundheit ist die Blutzirkulation, wo diese fehlt, kommt es zu Störungen, welche ernstere Krankheiten im Gefolge haben können. Eine weit verbreitete Zirkulationsstörung sind die kalten Füße, welche zu Blutandrang aller Art nach oben gelegenen Teilen führen können; es gelingt durch Fußbäder die Blutzirkulation zu bessern. Wie eine normale Blutzirkulation, so ist auch eine normale Verdauung von großer Wichtigkeit für die Gesundheit und solle man sich vor fortgesetzten Abführmitteln hüten, welche den Magen und die Därme arg reizen und zu ernsthaften Krankheiten führen können. Auch ist eine richtige Pflege der Schleimhäute nötig, welche durch Gurgeln geschehen kann. Bezüglich wichtig für die Gesundheit ist die Ernährung; tierische Schmarotzer können durch den Genuß von rohem Fleisch sehr leicht übertragen werden, so die Trichinen und der Bandwurm. Durch die Einführung der obligatorischen Fleischbeschau sind diese Krankheiten seltener, die sichersten Verhütungsmittel sind das Braten und Kochen des Fleisches. Von Genußmitteln ist das Verderblichste der Alkohol, ein mäßiger Alkoholgenuß ist nicht ganz zu vermeiden, sollte aber nur als Genußmittel und nicht als Nahrungsmittel angesehen werden. Ein weiterer Feind der Gesundheit ist der Staub, dessen schädliche Folgen durch Ventilation und kurze Arbeitszeit wesentlich abgeschwächt werden können. Ebenso wäre eine Reform des Fabrikinspektorates in der Weise am Platze, daß die gesetzlich anerkannten Krankenkassen als unbesoldete Beiräte zu den Fabrikinspektoren zugelassen werden, um auf diese Weise das Recht zu erhalten, gesundheitliche Mißstände zu beseitigen und Vorschriften zur Beseitigung der Betriebskrankheiten und Unfälle zu erlassen. Auf diese Weise würde man allmählich zu einem wirklichen Arbeiterschutz gelangen. Vor allen Dingen aber ist die Organisation ein wichtiger Faktor zur Erkämpfung besseren Lohnes, besseren Arbeiterschutzes, besserer Wohnverhältnisse und auch besserer Gesundheitsbedingungen.

Pirmasens. Einen großartigen Sieg hat das hiesige Gewerkschaftskartell bei den am 22. November stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen zu verzeichnen. Von 1932 eingetragenen Wählern der Arbeitnehmer machten 1593 von ihrem Recht Gebrauch. Hiervon fielen auf die Kandidaten des Gewerkschaftskartells, wovon 6 zu wählende Beisitzer unserem Verein angehören, 1324 bis